

Protokoll

Stadtrat von Thun

Sitzung vom 11. Mai 2017, 17:15 Uhr, Rathaus Thun

Anwesend

Stadtrat	Vorsitz: Stadtratspräsidentin Sandra Rupp Gyger Peter Aegerter, Hanspeter Aellig, Katharina Ali-Oesch, Heidi Anderes, Piero Catani, Adrian Christen, Michael Dähler, Andrea de Meuron, Susanna Ernst-Reusser, Roman Gugger, Thomas Hiltbold, Daniela Huber Notter, Sabine Kaufmann, Reto Kestenholz, Alain Kleiner, Nicole Krenger, Darshikka Krishnanantham, Alice Kropf, Andreas Kübli, Serge Lanz, Lukas Lanzrein, Manfred Locher, Eveline Salzmann, Daniel Schenk, Reto Schertenleib, Claude Schlapbach, Carlo Schlatter, Verena Schneiter, Franz Schori, Alois Studerus, Markus van Wijk, Daniela Weber, Till Weber, Simon Werren, Matthias Wiedmer
Gemeinderat	Stadtpräsident Raphael Lanz, Gemeinderätinnen Marianne Dumermuth, Gemeinderäte Roman Gimmel, Konrad Hädener und Peter Siegenthaler
Ferner	Stadtschreiber Bruno Huwyler Müller
Sekretariat	Stadtratssekretär Remo Berlinger Protokollantin Laura Erni
Entschuldigt	Stadträte Martin Allemann, Jonas Baumann-Fuchs, Philipp Deriaz sowie Stadträtin Barbara Klossner-Beer

Schluss der Sitzung 20:25 Uhr

Die Stadtratspräsidentin eröffnet die Sitzung und begrüsst alle Anwesenden. Speziell heisst sie Reto Kestenholz (Grüne) als neuen Stadtrat willkommen. Sie wünscht ihm in seinem Amt viel Freude und Motivation.

Die Stadtratspräsidentin gratuliert Stadträtin Darshikka Krishnanantham zum Geburtstag. Weiter gratuliert sie Stadtrat Carlo Schlatter zu seiner Einsitznahme im Grossrat. (Applaus)

28. Protokoll

Das Protokoll wird vom **Rat** stillschweigend genehmigt.

29. Stadträtliche Kommissionen

Ersatzwahl SAKO Bildung Sport Kultur anstelle von Beat Grimm (Grüne)

Roman Gugger, **Fraktion Grüne**, schlägt Reto Kestenholz (Grüne) zur Wahl vor.

Der Rat genehmigt stillschweigend folgenden

Stadtratsbeschluss

Der Stadtrat von Thun, gestützt auf Artikel 37 Buchstabe b Stadtverfassung und nach Kenntnisnahme des Wahlvorschlages der Fraktion Grüne, beschliesst:

In die Sachkommission Bildung Sport Kultur wird als Mitglied anstelle von Beat Grimm (Grüne) per 17. Mai 2017 gewählt: Reto Kestenholz (Grüne)

30. Kommissionen

Ersatzwahl von Stefan Christen in die Pensionskassenkommission anstelle des zurücktretenden Daniel Wegmüller

Der Rat genehmigt stillschweigend folgenden

Stadtratsbeschluss

Der Stadtrat von Thun, gestützt auf Artikel 37 Buchstabe c Stadtverfassung und nach Kenntnisnahme vom gemeinderätlichen Bericht vom 24. März 2017, beschliesst:

1. Von der Demission von Daniel Wegmüller per 31. Juli 2017 wird Kenntnis genommen. Die in diesem Amt geleisteten Dienste werden bestens verdankt.

2. Als Ersatz für Daniel Wegmüller wird als Mitglied und Arbeitgebervertreter in die Pensionskassenkommission gewählt:

Stefan Christen, geb. 13. Mai 1964, von Hasle BE, Finanzverwalter, wohnhaft Kirchgasse 19, 3700 Spiez, und zwar per 1. August 2017 und für den Rest der laufenden, am 31. Dezember 2018 endenden Amtsdauer.

3. Der Gemeinderat wird mit der Ausführung dieses Beschlusses beauftragt.

31. Kommissionen

Ersatzwahl von Nora Julia Läng in die Schulkommission anstelle des zurücktretenden Urs Frey

Der Rat genehmigt stillschweigend folgenden

Stadtratsbeschluss

Der Stadtrat von Thun, gestützt auf Artikel 37 Buchstabe c Stadtverfassung und nach Kenntnisnahme vom gemeinderätlichen Bericht vom 24. März 2017, beschliesst:

1. Von der Demission von Urs Frey per 30. Juni 2017 wird Kenntnis genommen. Die in diesem Amt geleisteten Dienste werden bestens verdankt.
2. Als Ersatz für Urs Frey wird als Mitglied in die Schulkommission gewählt:
Nora Julia Läng, geb. 28. Mai 1982, von Utzenstorf, Juristin und wissenschaftliche Mitarbeiterin, wohnhaft Marquard-Wocher-Strasse 11, 3600 Thun, und zwar per 1. Juli 2017 und für den Rest der laufenden, am 31. Dezember 2018 endenden Amtsdauer.
3. Der Gemeinderat wird mit der Ausführung dieses Beschlusses beauftragt.

32. Optimierung Veloabstellanlagen Raum Bahnhof Thun - Anlage Stückgut Süd

Bewilligung eines Verpflichtungskredites von 710'000 Franken

Bericht des Gemeinderates Nr. 6/2017

Gemeinderat Konrad Hädener informiert über die mündliche Zusicherung der SBB, dass die Anlage auf ihrem Gelände realisiert werden kann. Die SBB, die in kleineren Bahnhöfen selbst Veloabstellanlagen realisiert, könnte die Konditionen der Stadt Thun nicht unterbieten. Zusätzlich hat die SBB freiwillig eine Kostenbeteiligung von 50% zugesichert. Es wird darauf hingewiesen, dass es sich dabei um eine erste unverbindliche Zahl als Verhandlungsbasis handelt.

Franz Schori, **SAKO B+L**, nimmt die Bereitschaft zur Kostenbeteiligung der SBB erfreut zur Kenntnis. Die SAKO empfiehlt bei 2 Absenzen einstimmig die Annahme des Kreditgeschäfts. Es handelt sich um eine pragmatische und schnell umsetzbare Lösung am richtigen Standort. In Bezug auf den Entwicklungsschwerpunkt Bahnhof wird nichts präjudiziert, da es sich um eine modulare Lösung handelt. Die SAKO wurde darüber informiert, dass die Velostation falsch parkierte Fahrräder wegräumen wird, um Zugang zu den restlichen Velos zu gewähren. Zudem wurde darüber orientiert, dass ProVelo von Anfang an mit in das Projekt einbezogen wurde und auch bei der Detailerarbeitung einbezogen werde. Es handelt sich um eine erste Massnahme im Raum Bahnhof. Weitere Massnahmen werden folgen, die erste voraussichtlich bereits nach den Sommerferien.

Reto Schertenleib, **SVP/FDP-Fraktion**, stellt einen Preisvergleich zwischen Veloabstellanlagen und Immobilien auf. Er kritisiert, dass die provisorische Veloabstellanlage in Anbetracht der Sparmassnahmen der Stadt Thun unverhältnismässig teuer ist, vor allem als reine Übergangslösung. Es ist fraglich, was eine definitive Anlage kosten wird. Die Fraktion sieht das Problem und den Handlungsbedarf. Es erweckt für sie jedoch den Anschein, als würde nur das Beste vom Besten genügen, ohne günstigere, ebenfalls modular aufgebaute Modelle in Betracht zu ziehen. Um die Anlage später wieder zu verschieben, werden erneut Kosten anfallen. Es wird befürchtet, dass eine grössere Veloabstellanlage ebenfalls innert kürzester Zeit überstellt sein wird. Die Fraktion lehnt den Verpflichtungskredit entschieden ab.

Sabine Kaufmann, **SP-Fraktion**, dankt dem Gemeinderat für die pragmatische und schnelle Lösung. Das Geschäft wird erläutert. Die angestrebte Lösung einer doppelstöckigen Veloabstellanlage ist modern, praktisch und wird bereits in verschiedenen Schweizer Bahnhöfen verwendet. Der Einsatz von Modular Einheiten wird begrüsst, um die Anlage später versetzen zu können. Es ist wichtig, dass bei der Inbetriebnahme der Veloabstellanlage eine gute Begleitung vorhanden ist. Da die SBB stark von der Anlage profitiert, ist ein Beitrag von 50% angemessen. Das Projekt ist erst der Anfang einer umfassenden Lösung. Die Fraktion ist zuversichtlich, dass die Verbesserung von Veloabstellzonen bald in Angriff genommen wird und stimmt dem Kredit einstimmig und in voller Überzeugung zu.

Simon Werren, **BDP-Fraktion**, sieht den Handlungsbedarf bei den Veloparkieranlagen. Dort kann nach einer Studie der Rundum mobil GmbH am besten etwas an der ungenügenden Situation verändert werden. Die Mehrheit der Fraktion ist der Meinung, dass eine kostengünstigere Lösung angestrebt werden

soll. Es ist fraglich, ob zeitlich gestresste Fahrradfahrende mit der Anlage umgehen können. Die Fraktion lehnt den Verpflichtungskredit mit einer knappen Mehrheit ab.

Till Weber, **Fraktion Grüne**, freut sich über die hohe Kostenbeteiligung der SBB. Er macht in Zusammenhang mit Stadtrat Schertenleibs Immobilienvergleich auf die hohen Kosten des Schlossbergparkings aufmerksam. In anderen Städten funktioniert das doppelstöckige System problemlos. Auch das Versetzen der Anlage ist kein Problem. Die Fraktion freut sich über die Aufklärungs- und Ordnungsmassnahmen für Fahrradfahrende, vermisst jedoch Massnahmen für Autofahrende der Bahnhofsstrasse. Die Fraktion stimmt dem Verpflichtungskredit einstimmig zu.

Alois Studerus, **Fraktion der Mitte**, sieht den Bedarf einer neuen Veloabstellanlage. Die Vorlage des Gemeinderates ermöglicht einen Schritt in die richtige Richtung, um das Velochaos in Thun zu beheben. Es ist fraglich, ob die Fahrradfahrenden die Abstellanlage auch tatsächlich benützen. Die Fraktion der Mitte nimmt den Verpflichtungskredit einstimmig an.

Matthias Wiedmer (SVP) bemängelt, dass Interessensgruppen wie Motorrad- und Rollerfahrende nicht berücksichtigt werden.

Reto Schertenleib (SVP) weist darauf hin, dass Parkplätze im Schlossbergparking im Gegensatz zu Veloabstellplätzen kostenpflichtig sind.

Thomas Hiltbold (Grüne) freut sich über die Vorlage. Es handelt sich um eine erprobte und funktionierende Lösung. Kreditrechtlich muss zwischen Unterhalt und Neuausgabe unterschieden werden. Es geht in diesem Fall um eine 100% Neuausgabe und nicht um den Unterhalt der bestehenden Anlage. Kreditrechtlich ist der Gemeinderat eingeschränkt.

Lukas Lanzrein (SVP) fragt sich, wie viele weitere Projekte geplant sind und in welchem finanziellen Rahmen man sich bewegt.

Gemeinderat Konrad Hädener hält fest, dass es sich um eine Standard-Veloabstellanlage nach Schweizer Norm und nicht um ein Luxusprojekt handelt. Es gibt günstigere Varianten, die von der Kapazität her jedoch nicht ausreichen. Doppelstöckige Anlagen sind teurer als einstöckige, benötigen dafür weniger Fläche. Die Zusicherung der SBB könnte gefährdet sein, wenn man aus Spargründen noch mehr Fläche beantragen würde. Es handelt sich um kein günstiges Projekt. Die Kosten sind jedoch absolut im Rahmen. Es ist im Sinne des Gemeinderates, die Veloabstellanlage auf Dauer zu platzieren. Dies hängt von der Zustimmung der SBB ab, welche wiederum von der Versetzbarkeit der Anlage abhängt. Ein weiteres Projekt ist entlang der Mönchstrasse geplant. Vorgesehen sind ähnliche doppelstöckige Anlagen, die gegen die Strasse gerichtet sind. Über die genauen Kosten kann nichts gesagt werden, da das Vorhaben noch nicht projektiert ist. Grössenordnungsmässig wird es aber nicht günstiger kommen. Das dritte Projekt ist auf der Stufe Machbarkeit angesiedelt und bereits im Agglomerationsprogramm vorgesehen. Auf der Südseite des Bahnhofs soll nach der Realisierung der Personenunterführung eine weitere betreute Velostation errichtet werden. Es handelt sich um ein relativ teures und heute noch nicht spruchreifes Projekt.

Der Rat genehmigt mit 20 : 15 Stimmen bei einer Enthaltung folgenden

Stadtratsbeschluss

Der Stadtrat von Thun, gestützt auf Artikel 40 Buchstabe a Stadtverfassung und nach Kenntnisnahme vom gemeinderätlichen Bericht vom 5. April 2017, beschliesst:

1. Bewilligung eines Verpflichtungskredites von 710'000 Franken als neue Ausgabe zu Lasten der Investitionsrechnung, Verpflichtungskredit Nr. 2512.5010.043 (Bilanzkonto Nr. 14010.01.01) für die Optimierung der Veloabstellanlage Stückgut Süd.
2. Der Gemeinderat wird mit der Ausführung dieses Beschlusses beauftragt.

33. Postulat P 11/2016 betreffend Optimierung des Abfallreglements

Serge Lanz (FDP), Mark van Wijk (FDP), Lukas Lanzrein (SVP) und Mitunterzeichnende vom 22. September 2016; Beantwortung

Bericht des Gemeinderates Nr. 7/2017

Serge Lanz, **SVP/FDP-Fraktion**, dankt dem Gemeinderat für die positive Beantwortung des Postulats. Grund für das Postulat waren zahlreiche Anfragen von Konsumierenden und Betreibern wie beispielsweise Schulen, Eventorganisatoren, Vereine oder Betreiber von Finger-Food-Ständen. Das Reglement bezieht sich auf Grossanlässe und soll entsprechend umgesetzt werden. Für kleinere und übersichtliche Veranstaltungen sollen durch eine Präzisierung des Reglements sowie durch erleichterte Auflagen andere Lösungen ermöglicht werden. Er ist erfreut darüber, dass das Bedenken ernst genommen und der mögliche Spielraum untersucht wird. Die Postulantinnen und Postulanten wurden zu einer Sitzung eingeladen, um die gelockerte Handhabung und die damit verbundenen Chancen und Risiken gemeinsam zu diskutieren. Die Fraktion begrüsst einen praxistauglichen Vollzug und eine Umsetzung im Jahr 2018. Die Handhabung soll in einer Verordnung oder Zusatzschrift durch Entscheidungskriterien beschrieben werden. In welcher Form dies geschieht, wird dem Gemeinderat überlassen. Er dankt den Verantwortlichen für die Gelegenheit der Mitwirkung. Die SVP/FDP-Fraktion stimmt dem Postulat einstimmig zu.

Franz Schori, **SP-Fraktion**, macht darauf aufmerksam, dass es nicht im Sinn und Geist seiner damaligen Motion war, Bauern die Verwendung von Mehrweggeschirr aufzubinden, sondern die damals geforderte Anpassung des Abfallreglements zielte in erster Linie auf Grossveranstaltungen wie dem Thunfest und der Fasnacht. Er lobt den Gemeinderat für den frühzeitigen Miteinbezug der Urheberinnen und Urheber des Postulats und der damaligen Motion. Die Fraktion ist froh, dass nicht das Reglement selbst geändert wird und stimmt dem Postulat einstimmig zu.

Nicole Krenger, **Fraktion der Mitte**, stimmt dem Postulat zu. Grundsätzlich ist die Verwendung von Mehrweggeschirr zu begrüßen. Bei gewissen Veranstaltungen soll jedoch auf Einweggeschirr zurückgegriffen werden können. Es wird an den gesunden Menschenverstand appelliert. Einzelfälle sollen geprüft und Kosten-Nutzen abgewägt werden. Allerdings müssen die Kosten gesamtheitlich betrachtet werden. Der ökologische Aspekt ist nicht zu vergessen.

Simon Werren, **BDP-Fraktion**, hält fest, dass Anlässe derselben Grösse gleichbehandelt werden sollen. Es wird eine praxisorientierte und umsetzbare Lösung angestrebt. Ein verwaltungsinternes Papier wird in Zukunft die Handhabung des Reglements erleichtern. Die Fraktion stimmt dem Postulat einstimmig zu.

Till Weber, **Fraktion Grüne**, findet die bisherige Handhabung unproblematisch. Es sind aus Sicht der Fraktion keine grossen Änderungen nötig. Der Gemeinderat soll die Anpassungen machen, wobei im Allgemeinen jedoch an der Mehrweggeschirr-Pflicht festgehalten werden soll.

Gemeinderat Konrad Hädener weist darauf hin, dass die Umsetzung des Abfallkonzepts bei dem Tiefbauamt liegt, das für die Sauberkeit der Innenstadt zuständig ist. Die Reduktion der Abfallmenge ist ein Kernanliegen. Das verwaltungsinterne Papier soll für alle zugänglich gemacht werden. Zudem erhalten Veranstalterinnen und Veranstalter detaillierte Kriterienkataloge. Die aussergewöhnliche Vorgehensweise bei dem Vorstoss hatte zum Ziel, den Postulantinnen und Postulanten die Schwierigkeit einer Wortlautänderung aufzeigen.

Serge Lanz (FDP) findet Gefallen an der Überfraktionslösung mit den verschiedenen Gremien. Die Handhabung einer Zusatzverordnung nach gesundem Menschenverstand wäre wünschenswert.

Stadtratsbeschluss

Der Rat nimmt das Postulat einstimmig an.

34. Postulat P 12/2016 betreffend Aufhebung der restriktiven Bewilligungspraxis für Aussensitzplätze in Gastwirtschaftsbetrieben in der Innenstadt

Alice Kropf (SP), Franz Schori (SP), Roman Gugger (Grüne), Alain Kleiner (SVP/FDP), Lukas Lanzrein (SVP/FDP), Nicole Krenger (glp), Susanna Ernst (BDP) und Mitunterzeichnende vom 17. November 2016; Beantwortung

Bericht des Gemeinderates Nr. 8/2017

Gemeinderat Peter Siegenthaler informiert, dass das Geschäft intensiv in der SAKO diskutiert wurde. Er erklärt sich bereit, erneut einen runden Tisch analog zu den mediterranen Nächten einzuberufen und zu leiten. Um die Debatte nicht jedes Mal von vorne starten zu müssen, sollen immer dieselben Teilnehmenden kommen. Zudem werden die Traktanden durch die Teilnehmenden gestellt.

Alice Kropf, **SP-Fraktion**, dankt dem Gemeinderat für die Empfehlung zur Annahme. Sie hofft, dass das Nachtleben im Rahmen der Ortsplanungsrevision weiterhin in der Innenstadt stattfindet. Die Bewirtung von Aussensitzplätzen ist für einige Betriebe überlebenswichtig. Die Befürchtung, dass Aussensitzplätze für mehr Lärm sorgen könnten, ist nicht berechtigt, da sich die Menschen sowieso im Freien aufhalten. Einzelinteressen, in diesem Fall einzelner Anwohnerinnen und Anwohner, sollen nicht höher gewichtet werden als die Interessen der Allgemeinheit. Sie ist zuversichtlich, dass ein guter Kompromiss gefunden werden kann. Die Signale des Innenstadtleists sind positiv. Als Anwohnerin der Oberen Hauptgasse ist sie erstaunt darüber, dass es nicht mehr Beschwerden gibt. Das nächtliche Rauschen zeugt davon, dass die Stadt lebt.

Alain Kleiner, **SVP/FDP-Fraktion**, dankt dem Gemeinderat für die Annahme des Postulats. Er kritisiert, dass jegliche Anliegen auf die Ortsplanungsrevision geschoben werden. Zudem ist es nicht nachvollziehbar, dass sämtliche Entwicklungen aufgrund einer Petition aus dem Jahr 2010 einfrieren. Diejenigen, die einkehren und die Lebensqualität geniessen, sollen gefördert werden. Es wird auf die Gemeinde Untereisen verwiesen. Der Innenstadtleist zeigt sich gesprächsbereit. Der Gemeinderat wird gebeten, eine Lösung mit allen Beteiligten zu suchen. Dies benötigt keine Ortsplanungsrevision, sondern lediglich die Bereitschaft, mit allen Akteuren zusammenzusitzen. Die Fraktion nimmt das Postulat an.

Roman Gugger, **Fraktion Grüne**, hatte bis vor Kurzem die Vermutung, dass das Postulat auf die Ortsplanungsrevision verschoben würde. Gemeinderat Hädeners Bereitschaft, erneut einen runden Tisch zu eröffnen, wird begrüsst. Rückläufige Lärmklagen in der Innenstadt müssen nicht unbedingt nur positiv sein. Die Fraktion stimmt dem Postulat einstimmig zu.

Nicole Krenger, **Fraktion der Mitte**, unterstützt die Annahme des Postulats. Das diffizile Gleichgewicht soll nicht gefährdet werden. Der Kompromiss muss in kleinen Schritten angegangen werden. Das Anliegen hat keinen Zusammenhang mit der Ortsplanungsrevision, da es sich nur auf die Innenstadt bezieht. Persönlich findet sie es eine Selbstverständlichkeit, als wachsende Stadt mit einer immer grösser werdenden Diversität, wandelnden Bedürfnissen und mehr Heterogenität in einem ständigen Dialog zu stehen und nach neuen Kompromissen zu suchen. Dadurch kann erst definiert werden, was Allgemein- und was Partikularinteresse ist. Auch für sie ist es unverständlich, dass man auf einem Zustand aus dem Jahr 2010 einfriert. Vom Gemeinderat wünscht sie sich etwas mehr Herzblut in dieser Angelegenheit.

Claude Schlapbach, **BDP-Fraktion**, weist darauf hin, dass der Innenstadtleist Einsprache gegen mehr Aussensitzplätze in Betracht gezogen hat. Es erweckt den Anschein, als wären einzelne Wünsche, aber kein allgemeiner Bedarf an mehr Plätzen vorhanden. Er macht auf das Wetter, als zusätzlichen Faktor für Umsatzeinbussen, aufmerksam.

Nicole Krenger (glp) ergänzt, dass eine restriktive Praxis nicht unbedingt dazu einlädt, viele Gesuche zu stellen.

Alain Kleiner (SVP) widerspricht der Aussage von Stadtrat Schlapbach. In den Sommermonaten besteht ein grosser Bedarf an Aussensitzplätzen.

Claude Schlappbach (BDP) ergänzt seine vorherige Aussage. Es besteht kein Bedarf an zusätzlichen Plätzen.

Alice Kropf (SP) bestätigt, dass das Bedürfnis bei mehreren Wirtinnen und Wirten kommuniziert wurde.

Gemeinderat Peter Siegenthaler wehrt sich gegen den Vorwurf fehlender Euphorie. Der Gemeinderat geht mit gutem Willen und ohne Vorgaben an die Diskussion. Wenn sich die massgeblichen Interessensvertretenden wie das Komitee für Nachtleben und der Innenstadtleist einigen können, hilft die Stadt ebenfalls mit.

Stadtratsbeschluss

Der Rat nimmt das Postulat einstimmig an.

35. Postulat P 13/2016 betreffend einer gemeinderätlichen Strategie, das gesamte Lachenareal als Wohn- und Erholungsraum "Stadt am Wasser" (Legislaturziel 5) zu fördern

Christine Buchs (FDP), **Serge Lanz** (FDP), **Mark van Wijk** (FDP) und Mitunterzeichnende vom 17. November 2016; Beantwortung

Gemeinderätin Marianne Dumermuth informiert, dass sich der Gemeinderat intensiv mit dem Schlüsselgebiet Lachenareal beschäftigt. Am vergangenen Samstag wurden im Rahmen der Ortsplanungsrevision die verschiedenen Schlüsselgebiete, darunter das Lachenareal, vorgestellt. Dabei wurden dem Publikum drei Varianten vorgelegt. Einerseits könnte das Lachenareal wie bisher für Sport, Freizeit und Naherholung genutzt werden, wie es im Zonenplan aus dem Jahr 2002 vorgesehen ist. Eine zweite Variante ist die Verschiebung des Stadions, des Tennisplatzes etc., damit das ganze Areal für alle öffentlich zugänglich wird. Die dritte Variante sieht, ähnlich wie das Postulat, vor, einen grossen Teil des Lachenareals der Naherholung zur Verfügung zu stellen. Der Gemeinderat hat zwar Rückmeldungen zu den drei Varianten erhalten, macht jedoch auf die fehlende Signifikanz aufmerksam. Im Rahmen der Ortsplanungsrevision werden die drei Varianten weiterbearbeitet. Im November 2017 sowie im Frühling 2018 wird es eine Gelegenheit zur Mitwirkung geben. Der Gemeinderat empfiehlt das Postulat zur Annahme.

Markus van Wijk, SVP/FDP-Fraktion, dankt dem Gemeinderat für die positive Antwort. Nicht alle Punkte der Stellungnahme sind befriedigend. So ist zu lesen, dass der Stadtrat im 2021 "vorbehältlich dem fakultativen Referendum" über die Vorlage entscheiden wird. Es wird darauf aufmerksam gemacht, dass mehrere Ortsplanungsrevisionen in den vergangenen Jahren durch das Stimmvolk abgelehnt wurden. Gleichzeitig wurden im Rat viele Vorstösse auf die Ortsplanungsrevision geschoben. Gesamtheitliches Denken und eine grosse Partizipation sind erwünscht, gleichzeitig aber auch eine risikobeurteilte Eventualplanung. Die Postulantinnen und Postulanten sowie die Fraktion erwarten vom Gemeinderat konkrete Planungsparameter, wie sich die Ortsplanung entwickeln soll. Es stellt sich die Frage, wie das Lachenareal optimal genutzt und das zwingende Miteinander von künftigen Mietenden, Besitzenden und der Öffentlichkeit geregelt werden kann. Zudem ist unklar, was mit dem Stadion hinsichtlich eines grösseren Sportclusters Thun Süd geschieht. Vom Gemeinderat wird eine stärkere Akzentsetzung im Bereich der Ortsplanungsrevision erwartet. Teilprojekte der Ortsplanungsrevision sollen vorgezogen oder im Rahmen einer transparent kommunizierten Risikobeurteilung in einer anderen Form umgesetzt werden können. Die Fraktion ist erfreut über den Orientierungsanlass von verganginem Samstag und unterstützt das Postulat.

Peter Aegerter, BDP-Fraktion, hätte eine offensivere Stellungnahme des Gemeinderates begrüsst. Die Schaffung von hochwertigem Wohnraum bietet wegen der zu erwartenden Steigerung der Steuereinnahmen durch den Zuzug von natürlichen Personen mit entsprechendem Einkommen viel Potenzial. Er erinnert an die Zonenplanänderung Weststrasse, bei der die Fraktion eine Umnutzung der bisher gewerblich genutzten Fläche zum Bau von attraktivem Wohnraum in Seenähe gefordert hat. Erfreut interpretiert die Fraktion, dass alle Sportanlagen bis auf das Schwimmbad ins Sportcluster Thun Süd verschoben werden könnten. Die BDP-Fraktion stimmt dem Postulat einstimmig zu.

Adrian Christen, **SP-Fraktion**, ist nicht gegen die Prüfung einer Strategie zur Entwicklung des Lachenareals oder gegen die Prüfung von attraktivem Wohn- und Erholungsraum. Er unterstreicht, dass guter Wohnraum für alle Thunerinnen und Thuner wichtig ist, nicht nur für die Steuerkräftigen. Sollte im Lachenareal Wohnraum gebaut werden, ist eine ausgewogene Durchmischung anzustreben. Die Mehrheit der SP-Fraktion stimmt dem Postulat unter dem Motto "für alle statt für wenige" zu.

Andreas Kübli, **Fraktion der Mitte**, findet es wichtig, dass man sich frühzeitig Gedanken zum Lachenareal macht. Eine Gesamtbetrachtung des Areals wird begrüsst. Betreffend Ortsplanungsrevision muss überlegt werden, welche Gebiete in der Gesamtplanung zur Abstimmung gebracht werden und welche man als Einzelprojekt umsetzt. Die Fraktion hat erfreut vom Orientierungsanlass von vergangener Samstag Kenntnis genommen. Durch den Miteinbezug der Bevölkerung und allen Interessensvertretenden kann die Chance erhöht werden, einen gemeinsamen Konsens zu finden. Betreffend Sportcluster wird darauf hingewiesen, dass die Frage der Finanzierung zuerst geklärt sein muss. Die Fraktion folgt dem Antrag des Gemeinderates.

Roman Gugger, **Fraktion Grüne**, lehnt das Postulat mehrheitlich ab. Aus Platz- und finanziellen Gründen ist es unmöglich, die gesamten Sportanlagen nach Thun Süd zu verlegen. Das Areal, wie es heute ist, ist belebt und soll für künftige Generationen so bestehen bleiben. Es soll auf keinen Fall einen zweiten Selvepark im Lachenareal geben. Die Fraktion stört die Formulierung, dass es um die Realisierung von Luxuswohnsituationen geht. Wenn, dann soll eine soziale Durchmischung ermöglicht werden.

Franz Schori (SP) erinnert an die Fehler bezüglich Zugänglichkeit zu den Seeufern, die in früheren Zeiten gemacht wurden, z.B. im Raum Schadau-Lachen. Er befürchtet, dass hinter dem Postulat die Idee steht, den Bau von privaten Einfamilienhäusern direkt am See zu ermöglichen. Aus diesem Grund kann er dem Postulat nicht zustimmen.

Lukas Lanzrein, **SVP/FDP-Fraktion**, hält fest, dass jetzt im Rahmen der Ortsplanungsrevision der richtige Moment ist, um eine Arealprüfung vorzunehmen. Es ist nicht der Wille der Fraktion, Seewege exklusiv Reichen zugänglich zu machen. Eine Durchmischung von Sport, Naherholung und Wohnen ist erwünscht. Er bittet den Rat, bei der Sache zu bleiben.

Franz Schori (SP) weist darauf hin, dass es nicht um einen Klassenkampf, sondern um die öffentlichen Interessen geht.

Die lebendige Diskussion zeigt, so **Gemeinderätin Marianne Dumermuth**, dass unterschiedliche Interessen vorhanden sind. Es ist wichtig, alle verschiedenen Varianten nochmals genau zu überprüfen. Die Risikoabwägung ist eine der Kernaufgaben der Ortsplanungsrevision, an der mit viel Engagement, Arbeit und einem hohen Tempo gearbeitet wird. Sie erinnert an die erste abgelehnte Vorlage zum Stadion, in der es unter anderem um die Wohnlage im Lachenareal ging. Der Gemeinderat geht sorgfältig mit solchen sensiblen Gebieten um und versucht die Bevölkerung und die unterschiedlichen Interessensgruppen mit einzubeziehen. Ein mehrheitsfähiges Projekt für die Zukunft der Stadt, das unterschiedliche Bedürfnisse abdeckt, ist erwünscht.

Markus van Wijk (FDP) dankt der Gemeinderätin für ihr Votum.

Stadtratsbeschluss

Der Rat nimmt das Postulat mit 26 : 9 Stimmen bei einer Enthaltung an.

36. Interpellation I 15/2016 betreffend gefährlichen Kreiseln für Velofahrende

Adrian Christen (SP), Till Weber (Junge Grüne) und Mitunterzeichnende vom 17. November 2016; Beantwortung

Adrian Christen (SP) ist mit der Antwort des Gemeinderates nicht zufrieden und wünscht die Diskussion.

Der Rat stimmt der Diskussion zu.

Adrian Christen, **SP-Fraktion**, ist nicht zufrieden mit der Antwort des Gemeinderates. Es wird an Gemeinderat Hädeners Aussage erinnert, in der er sich über den Ausbau des öffentlichen- und Langsamverkehrs ausspricht. In Thun gibt es wegen den Kreiseln viele Unfälle. In der Antwort des Gemeinderates wird versprochen, dass die Fachstelle Langsamverkehr Bern die Situation vertieft analysiert, obwohl keine neuen Resultate zu erwarten sind. Die Probleme sind bekannt. Die Kreisel entsprechen in vielen Fällen nicht den Empfehlungen. Das Tempo ist aufgrund der Kreiselgestaltung oftmals zu hoch. Für Fahrradfahrende kann dies fatale Folgen haben. Andere Städte wie beispielsweise Burgdorf haben bei gefährlichen Stellen und Schulen eine Tempobeschränkung. Dabei handelt es sich um günstige Massnahmen. Für Thun als potenzielle Velostadt sind ehrgeizigere Ziele denkbar. So könnte beispielsweise der Prix Velo bis 2020 nach Thun geholt werden. Er kritisiert, dass ständig relativiert wird. Jeder Unfall ist einer zu viel und sollte verhindert werden. Die Sicherheit muss durch Tempolimits erhöht werden. Damit steigt auch die Lebensqualität. Die Stadt Thun ist zwar nicht verantwortlich für die Vermittlung von Verkehrsregeln, trägt wegen den Kreiseln, die nicht den Empfehlungen entsprechen, aber auch eine Mitverantwortung. Aktionen wie beispielsweise ein Artikel in „Thun! Das Magazin“ oder beim Polizeistand in der Innenstadt sind erwünscht. Es wird auf die nationale Kampagne in Zusammenarbeit mit TCS, VCS, BVU, SUVA, ProVelo und der Polizei verwiesen, bei der die Stadt mitmachen könnte. ProVelo zeigt Bereitschaft zur Mitarbeit. Eine für den Langsamverkehr verantwortliche Person, wie es sie in Bern, Biel, Burgdorf, Langenthal und Köniz gibt, wäre vorteilhaft. Eine offensivere, velofreundlichere und zukunftsgerichtete Haltung des Gemeinderates ist erwünscht.

Till Weber, **Fraktion Grüne**, dankt dem Gemeinderat für die Beantwortung, auch wenn diese nicht ganz zufriedenstellend ist. Er ist froh um die Auseinandersetzung durch das Gesamtverkehrskonzept. Viele der Unfallschwerpunkte wurden durch den Kanton erhoben und wahrgenommen, aber lange vor sich hergeschoben. Er kritisiert die Haltung des Tiefbauamts. In seiner Aussage stützt sich das Tiefbauamt auf Statistiken. Unfallschwerpunkte werden nach Norm abgearbeitet und analysiert. Es ist fraglich, warum die Stadt Thun ihre eigene Methode wählt, während alle umliegenden Städte eine einheitliche Methode benutzen. Mit der Aussage, dass eine Strasse mit mehr Verkehr automatisch mehr Unfälle verursacht, ist die Fraktion nicht einverstanden. Lösungen, wie beispielsweise durchgehende Veloverbindungen, die mehr Sicherheit bringen, sind erwünscht. Ein Blick in andere Städte wie Basel würde sich lohnen.

Verena Schneiter, **Fraktion der Mitte**, dankt dem Gemeinderat für die Antwort. Kreisel verflüssigen einerseits den Verkehr, bergen aber auch einige Gefahren, die nicht allen bewusst sind. Die Fraktion begrüsst die Absicht des Gemeinderates, zusammen mit der Kantonspolizei Sensibilisierungsaktionen für alle Strassenverkehrsteilnehmenden, Altersgruppen, Einheimischen sowie Auswärtigen durchzuführen.

Simon Werren, **BDP-Fraktion**, erachtet das Verhalten der Verkehrsteilnehmenden als Hauptproblem. Viele wissen nicht, wie sie sich in Kreiseln verhalten sollen. Er macht darauf aufmerksam, dass viele kleine Kreisel ohne grosse Temporeduzierung durchfahrbar sind. Es gibt verschiedene Massnahmen, um diese Gefahr zu reduzieren. Die Umsetzung ist allerdings nicht immer einfach. Die Vermittlung von Verkehrsregeln ist nicht Aufgabe der Stadt. Dies sollte zu Beginn der Benützung eines Verkehrsmittels geschehen. In der heutigen hektischen Zeit ist gegenseitiger Respekt nötig.

Michael Dähler, **SVP/FDP-Fraktion**, vertritt die Meinung, dass es so wenig Unfälle wie möglich geben soll. Grundsätzlich muss überlegt werden, welche Massnahmen umsetzbar sind. Kleine Sofortmassnahmen sollen und werden umgesetzt. Gewisse Kreisel lassen sich aufgrund von geometrischen Gegebenheiten nicht anders gestalten. Er weist darauf hin, dass es früher ohne Kreisel möglicherweise mehr Unfälle gegeben hat. Gegenseitige Rücksichtnahme ist wichtig. Die Schaffung von neuen Fachstellen ist nicht nötig. Die aktuelle Lösung ist besser und kostengünstiger. Es sollen keine einzelnen Interessen, sondern eine gesamtheitliche Sichtweise verfolgt werden, um den Bedürfnissen aller Verkehrsteilnehmenden gerecht zu werden.

Roman Gugger (Grüne) warnt vor Relativierungen.

Michael Dähler (SVP) hält fest, dass die Wahrscheinlichkeit eines Unfalls bei einer stark befahrenen Strasse grösser ist als bei einer schwach befahrenen.

Gemeinderat Konrad Hädener stellt fest, dass die Interpellantinnen und Interpellanten statistisch argumentieren, die Antwort des Gemeinderates jedoch wegen statistisch begründeten Aussagen kritisieren. Es besteht Handlungsbedarf aufgrund von Statistiken. Er weist darauf hin, dass es früher wesentlich mehr schwere Unfälle in Thun gab. Die Kreisel, welche nachträglich unter den bestehenden geometrischen Verhältnissen gebaut wurden, haben nachweislich dafür gesorgt, dass es weniger schwere Unfälle gibt. Bei den Kreiseln hat man durch die geometrischen Verhältnisse nur einen beschränkten Handlungsspielraum. Er verweist auf den Knotenpunkt Länggasse-Mattenstrasse, bei dem Gestaltungsspielraum besteht. Bezüglich Temporegelungen gibt er zu bedenken, dass 30 km/h bei gewissen Kreiseln schon zu viel sind. Eine generelle Temporegulierung ist nicht die Lösung. Alternativen wie Vertikalversätze gibt es. Diese sind jedoch auch nicht optimal. Der Handlungsspielraum ist nicht beliebig. Dennoch wird viel für Fahrradfahrende getan. Er erinnert an bereits durchgeführte Massnahmen wie beispielsweise den Guisankreisel. Bei dem neugebauten Kreisel in der General-Wille-Strasse wird ein Bypass für Fahrradfahrende gebaut. Zusätzlich wird die Allmendstrasse ausgebaut und man spricht oft über Temporegulierungen und Verbesserungen der Sichtweite. Im Mai ist bezüglich erzieherischen Massnahmen von der Abteilung Sicherheit in Zusammenarbeit mit der Kantonspolizei eine grössere Aktion in Thun geplant.

37. **Postulat P 1/2017 betreffend mehr bezahlbare Wohnungen und fairere Mietverhältnisse in unserer Stadt dank Offenlegung des vorherigen Mietzinses**

SP-Fraktion vom 16. Februar 2017; Beantwortung

Eveline Salzmann, **SVP/FDP-Fraktion**, informiert über das Ziel der Mietzinsdämpfung. Es sollen mehr Transparenz und Möglichkeiten zur Anfechtung der Mietzinsaufschläge geschaffen werden. Sie hebt hervor, dass es sich lediglich um eine Vereinfachung handelt. Mietende erhalten mit dem Formular nicht mehr Rechte und Möglichkeiten, als sie heute schon haben. Vermietende sind dazu verpflichtet, Auskunft über den Anfangsmietzins zu geben, falls nachgefragt wird. Dies ist kein Grund für eine neue Regelung des heute schon sehr umfangreichen Mietrechts. Die Möglichkeit für mehr Wettbewerb besteht ebenfalls, da im Internet ähnliche Objekte preislich verglichen werden können. Bei einer hohen Nachfrage an Wohnungen und einer tiefen Leerwohnungsziffer, wie es in Thun der Fall ist, nützt das Formular nichts. Es lässt sich immer jemand finden, der einen höheren neuen Mietzins zahlt. Weitere viel entscheidendere Faktoren wie das Bevölkerungswachstum, der erhöhte Quadratmeterverbrauch pro Person oder der Anteil an Genossenschaftswohnungen kann der Gemeinderat mit einer guten Wohnstrategie besser beeinflussen. Das Formular könnte zur Folge haben, dass Mieterinnen und Mieter einen Vertrag unterzeichnen mit der Aussicht, diesen zu einem späteren Zeitpunkt anzufechten. Dadurch könnten mögliche Investoren abgeschreckt werden. Das Formular bringt bei genauem Betrachten keinen höheren Mieterschutz. Die Fraktion folgt dem Gemeinderat, der ausführlich und korrekt Stellungnahme genommen hat, und lehnt das Postulat ab.

Daniela Huber Notter, **BDP-Fraktion**, dankt dem Gemeinderat für die ausführliche Antwort. Die Beschäftigung der Stadtverwaltung mit diesem Postulat, sowie die dadurch verursachten Kosten wären nicht nötig gewesen. Die Fraktion lehnt das Postulat einstimmig ab.

Roman Gugger, **Fraktion Grüne**, hebt hervor, dass bezahlbarer Wohnraum in der Stadt Thun knapp ist. Die Offenlegung des Mietzinses hilft, Transparenz zu schaffen und schützt die Mieterinnen und Mieter vor ungerechtfertigten Mietzinserhöhungen. Der Prüfauftrag hat zum Ziel, den Wohnraum in Thun bezahlbar zu halten. Er ist überrascht über die Antwort des Gemeinderates auf einen sachlichen Vorschlag, wie mit dem Mietrecht umgegangen werden soll. Es wird auf den Kanton Zug verwiesen, der die Mietzinsoffenlegung handhabt. Die Mehrheit der Fraktion nimmt das Postulat an.

Heidi Anderes, **Fraktion der Mitte**, folgt dem Antrag des Gemeinderates und lehnt das Postulat ab. In der Wohnstrategie 2030 wird über einen Bevölkerungszuwachs von 12% und einen besonders ausgeprägten Mittelstand in Thun gesprochen. Es sollen keine investitionsfeindlichen Signale gesetzt werden. Es ist möglich, dass der Mittelstand bei den immer höher werdenden Mietzinsen in die angrenzenden Gemeinden abwandern wird.

Franz Schori, **SP-Fraktion**, ist nicht zufrieden mit der ablehnenden Antwort des Gemeinderates. Die Fraktion teilt nicht alle Einschätzungen, so beispielsweise, dass die Formularpflicht eine investitionshemmende Wirkung habe. Im aktuellen Finanzmarkt kann mit Liegenschaften nachhaltig und sicher Geld verdient werden. Für institutionelle Anleger stellt sich die Frage nach dem Ort und dem richtigen Zeitpunkt, nicht nach der Formularpflicht. Der tiefe Leerwohnungsbestand macht Thun für den Wohnungsbau attraktiv, erhöht aber gleichzeitig das Risiko, dass neue Mieterinnen und Mieter ausgenutzt werden. Die Fraktion denkt an die Interessen der grossen Mehrheit. Die tiefe Leerstandsquote zeigt, dass sich wohl niemand getraut, nach dem vorherigen Mietzins zu fragen. Der Betrag, den Mietende sparen können, sichert Arbeitsplätze, Einkommen und Steuerreinnahmen. Es wird kritisiert, dass der Gemeinderat keine Abklärungen über gemachte Erfahrungen und erzielte Wirkungen mit den Kantonen gemacht hat, die bereits eine Formularpflicht eingeführt haben. Die Fraktion ist überzeugt davon, dass die Einführung der Formularpflicht den Legislaturzielen dienen würde, Thun als Wohn- und Lebensstandort sowie als Zentrum zu stärken. Die Stadt Thun hat bei vielen Fragen eine bedeutende Vorreiterfunktion. Im Grossen Rat wurde bei den Diskussionen über die Einführung der Formularpflicht festgestellt, dass bisher keine Gemeinde davon Gebrauch gemacht hat. Thun hat die Möglichkeit, ein Zeichen zugunsten der Mieterinnen und Mieter zu setzen. Für die Fraktion steht eine kantonale Formularpflicht oder eine Formularpflicht auf Bundesebene im Vordergrund. Es stellt sich die Frage, ob eine Veränderung lieber von unten eingeleitet oder von oben verordnet wird. Es wird an die Einführung der Unfall- und Krankenversicherung erinnert, wo die Entwicklung auch von unten eingeleitet wurde und wo sich heute niemand mehr vorstellen kann, die Obligationen auf Bundesebene wieder abzuschaffen.

Eveline Salzmann (SVP) weist darauf hin, dass der vorherige Mietzins auch nach Abschluss des Mietvertrages verlangt und der Vertrag angefochten werden kann. Zudem kann der Mietzins bei der Wohnungsbesichtigung direkt bei den Vormietenden nachgefragt werden. Es gibt diesbezüglich genügend Möglichkeiten.

Stadtpräsident Raphael Lanz glaubt nicht an die vorgeschlagene Problemlösung. Es besteht keine Intransparenz. Die Formularpflicht ist eine zusätzliche Last und Vorschrift, die nicht nötig ist, um das Ziel zu erreichen.

Stadtratsbeschluss

Der Rat lehnt das Postulat mit 12 : 24 Stimmen ab.

Die Stadtratspräsidentin schlägt vor, die beiden Interpellationen I 1/2017 und I 2/2017 betreffend KKThun zusammen zu behandeln.

Der Rat stimmt dem Vorschlag stillschweigend zu.

38. Interpellation I 1/2017 betreffend "Wie weiter mit dem KKT?"

SVP/FDP-Fraktion vom 20. Januar 2017; Beantwortung

39. Interpellation I 2/2017 betreffend neue Führungsstrukturen bei den Betreibern des Kultur- und Kongresszentrums Thun, KKThun AG

SP-Fraktion vom 20. Januar 2017; Beantwortung

Gemeinderat Roman Gimmel stellt fest, dass der Wissensstand im Stadtrat betreffend KKThun sehr unterschiedlich ist. Er erläutert das Geschäft. Der laufende Leistungsvertrag ist eine wesentliche Vereinfachung im Vergleich zum ersten Vertrag, wobei das KKThun die volle unternehmerische Verantwortung trägt. Der laufende Vertrag ist nicht perfekt, Anpassungen müssen in Folgeperioden vorgenommen werden. Im 2015 wurde das KKThun bereits eine Zeit lang ohne CEO geführt. Er macht darauf aufmerksam, dass auch Kulturveranstalter, die nicht im KKThun auftreten, von der Stadt Thun unterstützt werden können. Die Kulturabteilung und das Stadtmarketing haben regelmässige Sitzungen mit dem KKThun, um aktuelle Themen zu besprechen. Zurzeit werden Themenbereiche wie die Diskrepanz zwischen Offerten-

stellung und Abrechnung besprochen. Der Gemeinderat wird über die Diskussionen auf dem Laufenden gehalten. Er weist ergänzend zu Frage 7 darauf hin, dass intern nie von 1,8 Millionen Franken gesprochen wird. Nur der Betriebsbeitrag und die Taggelder sind von der heutigen Nutzung direkt abhängig.

Lukas Lanzrein, **SVP/FDP-Fraktion**, ist nicht zufrieden mit der Antwort des Gemeinderates und wünscht die Diskussion.

Katharina Ali Oesch, **SP-Fraktion**, ist teilweise zufrieden mit der Antwort des Gemeinderates.

Der Rat stimmt der Diskussion zu.

Lukas Lanzrein, **SVP/FDP-Fraktion**, ergänzt die Antwort 6 des Gemeinderates, dass die Eclipse AG und TRANSfair die Jury lediglich mangels Alternativen überzeugten. Es ist keine einfache Situation, aus der das Beste gemacht werden muss. Das KKThun wurde unter hohen Kosten gebaut und umgebaut, ohne am Ende Leute zu finden, die die Halle betreiben möchten. Die Fraktion dankt dem Gemeinderat für den neuen stark vereinfachten Vertrag, der die Stadt Thun weniger benachteiligt. Er erläutert das Geschäft und ist beruhigt, dass dem Gemeinderat die Problematik bekannt ist und sich die Kulturabteilung damit auseinandersetzt. Die Struktur des KKThun hat sich seit dem Abschluss des Leistungsvertrags verändert. Die Doppelfunktion der Eclipse AG als Leitung des KKThun und Lieferantin der Lichttechnik und anderen Dienstleistungen ist problematisch. Bereits im 2015 wurde die fehlende Ausschreibung des Saals kritisiert. Damals haben konkrete Anforderungen für eine Ausschreibung gefehlt. Die Fraktion fordert vom Gemeinderat, dass er die Sache in die Hand nimmt. Dem Stadtrat sollen zeitgleich für die Phase ab 2020 Handlungsoptionen vorgelegt werden, um ohne Zugzwang über die weitere Entwicklung des KKThuns entscheiden zu können. Die Fraktion kritisiert die Antwort 5 des Gemeinderates. Ordnungspolitisch ist es nicht korrekt, dass der Staat pauschal allen Subventionen anbietet. Der Staat soll subsidiär Hilfe anbieten, wo es nicht anders geht. Kulturanbietende ohne Subventionen zeigen, dass es mit weniger oder keinen öffentlichen Mitteln ebenfalls funktioniert. Im momentanen Vertrag ist vereinbart, dass die Jahresabschlussrechnungen nicht öffentlich zugänglich sind. Für die Zukunft kann möglicherweise eine alternative Lösung gefunden werden, um mehr Transparenz zu schaffen. Er verweist auf den Antrag des FC Thun, bei dem der Stadtrat umfangreich Transparenz und Einsicht gefordert hat. Die Stadt Thun investiert trotz fehlender Transparenz viel Geld in das KKThun. Es wird darauf aufmerksam gemacht, dass der ausgewiesene Jahresgewinn manipuliert werden kann. Eine Beurteilung der Gewinnaufteilung ist deshalb schwierig. Betreffend Antwort 7 ist nach wie vor unklar, was das KKThun den Steuerzahlenden effektiv kostet. Der Gemeinderat hat in seiner Antwort keine 100% Vollkostenrechnung geliefert, da der entgangene Ertrag von Seiten der Stadt nicht einkalkuliert wird. Die Stadt erhebt beispielsweise keine Heiz- und Nebenkosten und verlangt keine Miete. Auch die Infrastruktur wird von der Stadt getragen. Es ist fraglich, ob dieser hohe Beitrag dem Willen der Steuerzahlenden entspricht. Die Fraktion wünscht sich eine Neuausschreibung des Saals anhand von ganz klar definierten Anforderungen, wodurch ein besseres Angebot ermöglicht wird. Wünschenswert wäre auch, dass die öffentlichen Beträge ans KKThun mit dem neuen Vertrag zurückgehen.

Katharina Ali-Oesch, **SP-Fraktion**, weist auf die wichtige kulturelle und wirtschaftliche Bedeutung des KKThun für die Stadt und Region hin. Es wird auf die Parallelen zwischen dem Fussballstadion und dem KKThun hingewiesen. Das KKThun muss unbedingt erfolgreich geführt werden, um seinen Zweck zu erfüllen. Es bestehen berechtigte Zweifel, hervorgerufen durch die häufigen Wechsel der operativen Führung. Es fehlt ein Gesicht, das das KKThun nach aussen repräsentiert. Sie kritisiert, dass einige Antworten des Gemeinderates Raum für Spekulationen und Interpretationen lassen. Das Budget 2017 wurde nicht fristgerecht und nur in provisorischer Form eingereicht. Spätestens zu diesem Zeitpunkt hätte die Stadt handeln sollen. Es ist fraglich, ob die Vertraulichkeit der Zahlen als Vorwand gebraucht wird, um Verluste zu verdecken. Diese Unsicherheit muss durch die Stadt ausgeräumt werden. Die neuen Leistungsstrukturen führen zu einem Interessenskonflikt. Die Firma Eclipse AG sucht unter dem Namen der KKThun AG neue Kunden. Es wird vermutet, dass die Eclipse AG sich selbst Technikleistungen zu höheren Preisen verkauft, um einen Gewinn zu erwirtschaften. Dies sorgt bei den lokalen Kulturanbietern für Kritik. Es ist fraglich, wie das Problem gelöst werden kann, solange die Eclipse AG das Monopol hat. Der nächste Leistungsvertrag soll transparenter gestaltet werden. Die Stadt braucht mehr Einflussmöglichkeiten. Dies könnte durch eine verantwortliche Person für das KKThun geschehen. Die Fraktion bittet den

Gemeinderat, alle Optionen zu prüfen und Kritik ernst zu nehmen. Die Lokalanbietenden sollen das KKThun weiterhin nutzen können, um ein vielfältiges Angebot gewährleisten zu können.

Manfred Locher, **Fraktion der Mitte**, dankt für die interessanten Fragen und die zufriedenstellende Beantwortung des Gemeinderates. Die Präzisierungen aus der SAKO BiSK sind beruhigend. Auch nach einer Ausschreibung können dieselben Herausforderungen auftreten. Die Führungswechsel des KKThun sind irritierend. Der neuen Führungscrew soll eine Chance gegeben werden, sich selbst zu beweisen. Die Fraktion wünscht dem Gemeinderat viel Geschick und Erfolg sowie günstige Rahmenbedingungen, um das KKThun zu erhalten. Zu den guten Events im KKThun, wie beispielsweise der Künstlerbörse, muss Sorge getragen werden.

Reto Kestenholz, **Fraktion Grüne**, kann unter den gegebenen Voraussetzungen ohne Einblick in die Zahlen nicht mitsprechen. Das Bedürfnis, den Leistungsvertrag in Zukunft transparenter zu gestalten, wird unterstützt. Wie viel Mitspracherecht sinnvoll ist, wird sich zeigen. Die Fraktion möchte wissen, wie die grosszügige Subventionierung mit verhältnismässig wenig Kulturveranstaltungen besser genutzt werden könnte. Für die Bevölkerung sind die Eintrittspreise relativ teuer, obwohl sie das KKThun mitfinanziert. Es soll in Zukunft sorgfältig abgewogen werden, an wen und unter welchen Bedingungen die Leitung abgegeben wird. Mehr Transparenz und dadurch mehr Vertrauen wird gewünscht. Er warnt davor, nicht bei kleinen kulturellen Projekten zu sparen. Auch diese sollen tatkräftig unterstützt werden.

Nicole Krenger (glp) stellt sich die Frage, ob sich die Gewinnaufteilung auf die ganze Laufzeit oder ein Jahr bezieht. Die Aussage kann revidiert werden, wenn es sich auf die ganze Laufzeit bezieht. Zudem stellt sich die Frage, ob dies in den zuständigen Kommissionen offengelegt wird.

Gemeinderat Roman Gimmel hat die Intention, das KKThun nach der laufenden Periode öffentlich auszuschreiben. Der Gemeinderat behält sich jedoch Alternativen vor. Die öffentliche Ausschreibung und Alternativen werden parallel geprüft, um nicht unter Zeitdruck zu geraten. Es ist ohne Einblick in die Jahresabschlüsse schwierig zu beurteilen, ob die momentane Führung des KKThun erfolgreich ist. Der Gemeinderat ist überzeugt davon, dass es viele Varianten gibt, das KKThun zu führen. Es wird versucht, die Zahlentransparenz in einem zukünftigen Leistungsvertrag zu verbessern. Bezüglich laufender Leistungsvereinbarung wurde die Situation im 2015 anders eingeschätzt. Man hat sich auf einen regelmässigen Austausch statt einem Verwaltungsrat in der KKThun AG geeinigt. Er dankt Stadtschreiber Bruno Huwyler, der darauf aufmerksam gemacht hat, dass in der Abstimmungsbotschaft immer von 1,8 Millionen Franken gesprochen wurde. Bei der Gewinnaufteilung gibt es verschiedene Möglichkeiten. Er ist gespannt, wie die Situation in vier Jahren aussieht.

40. Fragestunde F 2/2017

F 2/2017 betreffend Städtische Liegenschaftsverwaltung - Berücksichtigung von Thuner Unternehmen

Die Frage F 2/2017 wurde vom Gemeinderat beantwortet und liegt auf.

Mitteilungen

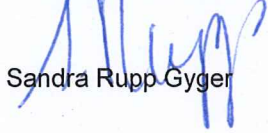
Stadtratssekretär Remo Berlinger weist auf die beiliegenden Unterlagen für die nächste Stadtratssitzung hin.

Eingänge

- Postulat P3/2017 betreffend Mehr Erfolg und Qualität im Städtebau - Reorganisation anpacken und Chance für eine Stadtbaumeisterin - einen Stadtbaumeister nutzen!; Fraktion Grüne vom 11. Mai 2017
- Interpellation I7/2017 betreffend "Fahnen- und Transparentverbot" am Fussballspiel FC Thun - FC Luzern; Alice Kropf (SP) und Mitunterzeichnende vom 11. Mai 2017

- Interpellation I8/2017 betreffend die Einführung von KITA-Betreuungsgutscheinen in Thun; Lukas Lanzrein, Mark van Wijk, Serge Lanz, Hanspeter Aellig, alle SVP/FDP und Mitunterzeichnende vom 11. Mai 2017
- Interpellation I9/2017 betreffend Aussenwerbung und Flaggen in der Innenstadt; Alain Kleiner, SVP/FDP und Mitunterzeichnende vom 11. Mai 2017
- Interpellation I10/2017 betreffend zur Stadtentwicklung; SVP/FDP-Fraktion vom 11. Mai 2017

Der Stadtratspräsident


Sandra Rupp Gyger

Der Stadtratssekretär


Remo Berlinger